

2010-11-29

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 13.10.2010

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:30 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228, Rathaus Dessau

**Es fehlten:**

### **Fraktion der CDU**

Ehm, Lothar  
Kolze, Jens

### **Verwaltung**

Hantusch, Joachim Beigeordneter für  
Wirtschaft und Städten

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### **1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr OB Koschig begrüßt die Ausschussmitglieder und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Weiterhin wurde die form- und fristgerechte Ausreichung der Einladungen und Beratungsunterlagen festgestellt.

#### **2. Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde durch Herrn Eichelberg der Antrag gestellt, den Top 7.7. „Nutzungskonzept für das Mausoleum in Dessau“ abzusetzen. Es gibt von Seiten der SPD-Fraktion noch Klärungsbedarf.

Herr OB Koschig unterstützt den Vorschlag und bietet Hilfe von Seiten der Verwaltung bei einer möglichen Überarbeitung der Beschlussvorlage an.

Herr Bönecke schlägt vor, die Diskussion heute zu führen und die Entscheidung evtl. zu vertagen.

**Abstimmung des Antrages von Herrn Eichelberg: 7 / 1 / 1**

**Der TOP 7.7. wird zurückgestellt.**

Die Tagesordnung wurde geändert bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:** 9 / 0 / 0

**3. Genehmigung der Niederschrift vom 01.09.2010**

Die Niederschrift wird ungeändert bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:** 6 / 0 / 3

**4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Oberbürgermeister Koschig gab die im nichtöffentlichen Teil der letzten Haupt- und Personalausschusssitzung am 10.06.2010 gefassten Beschlüsse bekannt:

Personalentscheidung - Ernennung von Frau Heike Paesold zur Amtsleiterin des Sozialamtes

Bestellung des Ausländerbeauftragten

Grundstücksangelegenheit  
Verkauf von kommunalen Grundstücken an der Mendelssohnstraße und an der Mauerstraße

Grundstücksangelegenheit  
Vergabe der bereits vom Technikmuseum genutzten kommunalen Flächen in Erbbaurecht

Grundstücksangelegenheit  
Erweiterung der Belastungsvollmacht für ein kommunales Grundstück an der Isarstraße

Befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerforderungen

Befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerforderungen

Verlängerung einer befristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerforderungen einschließlich Nebenforderungen

## Befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerforderung

### **5. Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

#### **5.1. Bituminöse Fahrbahndeckenerneuerung als Lärminderungsmaßnahme im Bereich Theaterviertel Vorlage: DR/BV/388/2010/VI-66**

Die Eilentscheidung des Oberbürgermeister wurde zur Kenntnis genommen.

### **6. Öffentliche Anfragen und Informationen**

#### **6.1. Prüfung und Variantenvergleich der zukünftigen Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II Vorlage: DR/IV/074/2010/V**

Herr Dr. Raschpichler führt ein:

- Intensive Diskussionen zur Thematik – Variantenvergleich - im Fachausschuss (Ausschuss für Gesundheit und Soziales) geführt,
- Stadt möchte an Zeitplanung festhalten,
- Endgültige Entscheidung soll im Stadtrat am 08. Dezember 2010 getroffen werden, mögliche Risiken sind jetzt klar definiert,
- Klare Signale der Bundesagentur für Arbeit (BA) Dessau – kein Problem für weitere Raumnutzung, aber Problem – Softwarenutzung – Kostenschätzung eigene EDV liegen seit kurzem vor, hier steht Investition an,
- für OB-DB am 18.10.2010 ist Beschlussvorlage vorbereitet, die in den Gremien-durchlauf gehen wird,
- klare Aussage zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kommune,
- Prüfungspunkte müssen mit besonderer Sorgfalt bearbeitet werden,
- Das derzeit präferierte Optionsmodell ist gute Lösung für Kommunen, aber auch gleichzeitig sollen und müssen Risiken, besonders bei den leistungsabhängigen Personen und die finanzielle Belastung der Kommune auf Dauer ausgeschlossen werden,

Herr Eichelberg:

1. Wer hat die Beschlussvorlage bzw. den Variantenvergleich erarbeitet?
2. Wie geht es dann konkret weiter?

Herr Dr. Raschpichler:

Zu 1) Die Beschlussvorlage wurde im Dezernat erarbeitet. Variantenvergleiche zu dem Thema „Option“ gibt es viele (z. B. von Deutschen Städtetag, von der Bundesagentur etc.)

Es gab auch einen internen Vergleich, der im Sozialausschuss vorgestellt wurde. Diese Gegenüberstellung ist von der Agentur für Arbeit erarbeitet. Stadt sollte gehalten sein, die Hinweise des Partners sehr ernst zu nehmen. Die Risiken wurden aus Sicht der BA dargestellt.

- Zu 2) Das Jahr 2011 ist vom Gesetzgeber klar umrissen –Näheres bitte im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.  
Zu klären bis dahin ist, ob am 7.12.2010 ein vollständiger Antrag vorgelegt werden kann, der in das Entscheidungsverfahren bei Bund und Land Eingang findet oder wir uns von der weiteren Arbeitsrichtung „Option – eigene Trägerschaft“ ab 1.1.2012 distanzieren.

Herr Giese-Rehm:

- Betrachtet die heutige Information als Zwischeninformation. Im Haupt- und Personalausschuss im November sollte darüber befunden werden,
- Vorschlag, die Beratungsfolge zu ergänzen, um die Fachausschüsse einzubeziehen,

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**6.2. Namensgebung für die Grundschule "Mosigkau" nach Umzug an den Schulstandort Kochstedt, Winklerstr. 4 - Grundschule "An der Heide".  
Vorlage: DR/IV/064/2010/V-40**

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**6.3. Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

Herr OB Koschig informiert, dass die Einteilung des Stadtgebietes in Wahlbezirke in Vorbereitung der Landtagswahl 2011 durch ihn erfolgte.

Die Information kann im Internet mit nachfolgendem Link abgerufen werden.

[http://www.dessau.de/downloads/Deutsch/Statistik-und-Wahlen/Wahlen/Landtagswahl-2011/w2011\\_lw\\_wahlbezirke\\_territoriale\\_gliederung.pdf](http://www.dessau.de/downloads/Deutsch/Statistik-und-Wahlen/Wahlen/Landtagswahl-2011/w2011_lw_wahlbezirke_territoriale_gliederung.pdf)

Frau Nußbeck informiert, dass heute alle Listen mit den Änderungen aus den Haushaltsberatungen in Vorbereitung der nächsten Haushaltsausschusssitzung am 19.10.2010 ausgereicht wurden. Die Unterlagen sind so aufbereitet, dass der Haushalt am 27.10.2010 im Stadtrat beschlossen werden könnte. Der Haushaltsausgleich bis 2018 ist dargestellt, das Haushaltskonsolidierungskonzept bildet das ab.

Sie unterbreitet den Vorschlag, dass erst im Ergebnis der Sitzung des Haushaltsausschusses am 19.10.2010, die Änderungslisten für den gesamten Stadtrat verteilt werden, da möglicherweise aus der Ausschusssitzung noch einmal Änderungen resultieren könnten. Das Ergebnis sollte in die Unterlagen für den Stadtrat noch einfließen. Damit wären aber die Unterlagen nicht fristgemäß ausgereicht. (Orientierung auf Freitag, den 22.10.2010)

**Bitte von Herrn Giese-Rehm:**

**Ausnahmsweise die Änderungslisten an die Privatadressen der Mitglieder der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen verteilen.**

**Das Einverständnis zum Verfahren wurde durch Mitglieder des Ausschusses gegeben.**

Frau Nußbeck informiert des Weiteren:

Wenn am 27.10.2010 der Haushalt und das Haushaltskonsolidierungskonzept beschlossen wird, dann ist die Verwaltung in der Lage am 5.11.2010 den Entwurf des Haushaltsplanes 2011 zu verteilen. Wenn zwischen dem 5.11. und dem 08. 12.2010 noch zwei Haushaltsberatungen stattfinden könnten – Schwerpunkt der Diskussion wird auf dem Vermögenshaushalt liegen – alles anderen Bestandteile sind identisch – dann könnte der Haushalt 2011 am 08.12.2010 beschlossen werden.

**Bitte von Herr Trocha:**

**Unterlagen bitte in digitaler Form zureichen.**

## **7. Beschlussfassungen**

### **7.1. Haushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept**

Unterlagen wurden ausgereicht.

### **7.2. Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Dessau-Roßlau (Hebesatzsatzung) Vorlage: DR/BV/390/2010/II-20**

Herr Dreibrodth:

- Vorwurf, dass OB Koschig entgegen dem Fusionsversprechen handelt,  
- Versprechen – 5 Jahre Steuern auf niedrigem Roßlauer Niveau zu halten, OB Koschig soll dieses Versprechen halten,
- Stadtrat hat 3 Mal sein Veto gegen eine Erhöhung ausgesprochen,
- Der Stadtrat wird auch in diesem Jahr wieder dagegen stimmen oder einen Änderungsantrag einbringen,

Herr Giese-Rehm:

- Erhebt gegen den Vorredner Widerspruch – wir reden über das Jahr 2011, es gibt keine andere Chance, als in der Vorlage beschrieben. Er wird der Vorlage zustimmen. Alles andere würde das städtische Defizit noch erhöhen.

Herr Bönecke:

- Hat die Auffassung der analogen Anwendung dieser Vorschrift nicht geteilt, aber hat bis dato der jährlichen Verlängerung zugestimmt mit der Maßgabe, dass der Gesetzgeber sich bei der Fassung des Kommunalneugliederungsgesetzes etwas gedacht hat, auch wenn er Dessau planwidrig oder bewusst übersehen hat. Rein formal wird man als Stadtrat feststellen müssen, dass es keine rechtliche Grundlage gibt, die einen Zeitraum von 5 Jahren festschreibt. Der Zeitraum von 5 Jahren ist die Maximalgrenze. Sind als Stadtrat nicht gehindert, sich an dem vom Gesetzgeber als Maximalgrenze für die Kommunalneugliederung festgelegten 3,5 Jahres-Zeitraum zu orientieren und der Intention des Gesetzgebers für diese Stadt zu folgen. Er vertritt die Meinung, das auch zu tun. Es besteht das Risiko, dass das Landesverwaltungsamt uns zwingt oder der Oberbürgermeister evtl. Widerspruch einlegen muss, um das Haushaltsdefizit nicht noch zu vergrößern.
- Die Fraktion PRO Dessau-Roßlau wird der Beschlussvorlage zustimmen.

Frau Nußbeck:

- Der Haushalt müsste zurückgezogen werden, es fehlen 600 TEUR, die durch nichts auszugleichen sind.

Herr Schönemann:

- Möchte gern am Wortlaut des Fusionsvertrages festhalten.
- Die Fraktion gibt keine Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Herr OB Koschig:

- Kann nur Wort halten, wenn er dazu definitiv in der Lage ist, dann kann ein Versprechen eingeklagt werden,
- Hat im 5-Jahres-Zeitraum intensiv dafür gekämpft, aber der Landtag hat anders entschieden – der Übergangszeitraum wurde auf 3,5 Jahreszeitraum festgelegt – Zeitraum gilt auch für die Anpassungsregelungen im Zuge der Fusion,
- Die Verwaltung muss sich schlüssig verhalten, eine Klage hat keine Aussicht auf Erfolg (Chance liegt nicht bei 50 %), müsste von diesem Weg abraten, stehen jetzt kurz vor der Möglichkeit, den Haushalt 2010 (nach einem Jahr sehr intensiver Arbeit) zu vollenden und eine ordentliche Diskussion um den Haushalt 2011 zu führen. Vor dieser Situation stand diese Stadt schon viele Jahre nicht mehr,
- Es gibt viele Diskussionen um den sogenannten Vollzug der Fusion, im Zeitraum von 3,5 Jahren wurden fast alle Satzungen angepasst (Forderung des Gesetzgebers),  
Nun könnten die Dessauer Bürger eine Gleichstellung mit den Roßlauer Bürgern erwarten. Jetzt sollten auch gemeinsam die Lasten, die aus der Fusion entstanden sind, getragen werden.  
Wir haben immer von einem „Anpassungszeitraum“ von 5 Jahren gesprochen.

Herr Dreibrod:

- Es ist die Unwahrheit, dass der Haushalt 2010 in Gefahr wäre,
- Lässt sich nicht unter Druck setzen,

- Auf dem Rücken der Roßlauer soll der Fehler des Gesetzgeber „ausgebadet“ werden,
- Das Land hat schlecht gearbeitet, haben die Fusion verschlafen,

Frau Nußbeck:

- Das Haushaltskonsolidierungskonzept ist in Gefahr. Es fehlen 600 TEUR. Hinweis – auf die folgenden Beschlussvorlagen – Senkung Abfallgebühren.

Herr Dreibrod:

- Mit stadt eigenem Betrieb dürfen keine Gewinne gemacht werden, Gewinne müssen an den Bürger zurückgegeben werden.
- Hinweis auf Aussage von Frau Nußbeck in den HH-Beratungen, dass die Vorschläge für das HH-Konsolidierungskonzept überzeichnet sind, die Stadträte müssen sich das Richtige aussuchen,
- Die 600 TEUR müssen nicht durch die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer erreicht werden, es gibt viel größere Posten;

Herr Bönecke:

- Erwartet, dass Herr Dreibrod den Dessauer Bürgern erklärt wird, dass sie 640 TEUR Mehrbelastung tragen müssen, da die Roßlauer nicht bereit sind, den Anpassungszeitraum von 3,5 Jahren zu akzeptieren. Die Summe sind keine „Peannuts“
- Fordert einen konkreten Vorschlag zur Anmerkung – im Haushalt sind noch genügend Posten –

Herr Dreibrod:

- Verwaltung hat alle Zeit der Welt und leistet seit Jahren keine konstruktive Arbeit an ihrem eigenen Personal. Man kann nicht darauf bauen, dass durch natürliche Abgänge, Todesfälle, Frühverrentungen die Personalkosten reduziert werden. Wirkliche strukturelle Arbeit ist hier nicht gemacht worden.

Herr OB Koschig fragt nach, ob aus der Aussage, betriebsbedingte Kündigungen herauszuhören sind?

Herr Dreibrod:

- Bestätigt die Nachfrage mit einem Ja und verweist auf die Antrittsrede des OB im Anhaltischen Theater und seine Aussage, dass es während seiner Amtszeit keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird. Für die Konsolidierung des Haushalts war das ein schlechtes Signal.

Herr Dr. Neubert:

- Ist sehr irritiert über die persönlichen Diffamierungen von Herrn Dreibrod gegenüber dem Oberbürgermeister, die er in keiner Weise teilen kann,
- Es gibt objektive Situation aufgrund einer Gesetzeslage, an die sich ein Hauptverwaltungsbeamter und auch der Stadtrat zu halten hat,
- Steht zu den Aussagen von OB Koschig, Frau Nußbeck, Herrn Giese-Rehm und Herrn Bönecke,
- Fraktion wird der Beschlussvorlage zustimmen,

Herr Eichelberg:

- Stellt deutlich klar, dass die Meinung, die Herr Dreibrodts vertritt, nicht die Meinung der SPD-Fraktion ist,  
Besonders die zu letzt geäußerten Sätze von Herrn Dreibrodts sieht die Fraktion anders,

Herr Giese-Rehm:

- Weist darauf hin, dass die Alt-Dessauer Vororte (seit ca. 2004) durch eine über den Einheitswertbeträgen der Grundstücke liegenden Beiträge etwa 80 TEUR jährlich zum Haushalt zusätzlich beitragen, weil der Bundesgesetzgeber nicht korrekt gehandelt hat. Eine Lösung wird es nicht vor 2012 oder 2013 geben. Wir sehen keine Chance es anders zu lösen und deshalb tun wir es.  
Hätte auch lieber einen Kompromiss begrüßt, aber gemeinsam sind die Lasten des Aufwuchses erträglich.

Herr Dreibrodts:

- Zitiert Frau Lohde – „5 Jahre Steuergnadenfrist ist zu lang. Eine Stadt – eine Steuer“, der Meinung kann man sein, aber die Versprechung des gemeinsamen Namens und die Steuervergünstigungen waren ganz wichtige Gründe für den extrem knappen Ausgang zur Fusion.

Herr Schönemann:

- Steht zu seiner Zustimmung zum Fusionsvertrag, aber es gab noch ein paar Grundlagen mehr, der Fusion zuzustimmen,
- Die Kreisfreiheit konnte erhalten werden, obwohl das Land dies nicht gewollt hat,
- Beide Stadtteile sollten auch künftig positiv zusammenarbeiten, dabei ist die steuerrechtliche Angleichung nur ein Gesichtspunkt,

Herr OB Koschig:

- Die Stadt genießt aufgrund des Fusionsprozesses hohes Ansehen. Es gibt viele Beispiele, die schlechter gelaufen sind
- Besonders die ältere Generation hat sich emotional in den Prozess eingebracht,

Herr Trocha:

- Stellt den Geschäftsordnungsantrag – Ende der Debatte, verbunden mit dem Hinweis an Herr Dreibrodts, dass nur zweimal zum Thema gesprochen werden kann.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 5 / 3 / 2



### **7.3. 1. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/396/2010/II-20**

Herr Trocha:

- Erbittet eine Übersicht, wie viele Einnahmen der Stadtordnungsdienst durch Ordnungswidrigkeiten – Verstoß gegen den Leinenzwang, Verunreinigungen durch Hundekot – erzielt wurden.

Frau Nußbeck:

- Die Antwort wird schriftlich zugereicht.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: 7 / 3 / 0**

### **7.4. Kalkulation der Abfallgebühren für den Zeitraum 2011 - 2013 Vorlage: DR/BV/371/2010/II-EB**

Herr OB Koschig beantragt das Rederecht für Frau Moritz zu den TOP 7.4 und 7.5.  
Dem Antrag wird zugestimmt.

Frau Moritz:

- Informationen zu den Eckpunkten der Kalkulation
- Deutliche Verbesserung der Situation – nach KAG arbeitender Betrieb – Gewinne müssen an den Bürger zurückgegeben werden
- Kostenüberdeckungen werden im kommenden Jahr an den Bürger zurückgegeben
- Im Jahre 2009 – Prüfung des Landesrechnungshofes – im Ergebnis Hinweise und Anregungen bekommen für den neuen Kalkulationszeitraum,
- Gutachter wurde beauftragt, der vor Gericht bei der Bewertung solcher Kalkulationen herangezogen wird. Dieser Gutachter hat neue Gesichtspunkte für die Kalkulation benannt, sie wurden entsprechend eingearbeitet, das betrifft im Wesentlichen:
  - Papierkorbentsorgungskosten, die nicht mehr Gebührenbestandteil sind und die rückwirkend bis 1998 korrigiert wurden – auch für den aktuellen Kalkulationszeitraum 2008 – 2010
  - Eigenkapitalverzinsung, die bisher an den Aufgabenträger abgeführt wurde, wurde ebenfalls bereinigt.
  - jegliche Forderungsverluste wurden bereinigt
- Aussage – Kalkulationsgrundlagen sind nicht nach dem Handelsgesetzbuch zu bemessen, sondern einzelne Kostenpositionen sind nach ihrer Ansatzfähigkeit im KAG (Kommunalabgabengesetz) zu betrachten,
- Für den neuen Zeitraum 2,4 Mio EUR bedeutet das ein vortragsfähiges Ergebnis für jedes einzelne Jahr – das führt zu Kostensenkungen, die angeboten werden können,  
Verweis auf Anlage 5 der Beschlussvorlage,
- Wie es nach drei Jahren weitergeht, kann niemand vorhersagen, es könnte wieder zu steigenden Kosten kommen,

- Weitere Ziele für den Zyklus:
  - Kosten weiter optimieren,
  - neue Erhebungsmethoden prüfen,

Herr Schönemann:

- Dank an die Betriebsleitung für die bisherige geleistete Arbeit. Die Möglichkeiten und Chancen, die diese Einrichtung bietet, sollten weiter genutzt werden.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 10 / 0 / 0

**7.5. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Dessau-Roßlau (Abfallgebührensatzung), Neufassung der Entgeltordnung für die Abfallentsorgung der Stadt Dessau-Roßlau  
Vorlage: DR/BV/372/2010/II-EB**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 10 / 0 / 0

**7.6. Pachteinnahmen von Kleingärten  
Vorlage: DR/BV/350/2010/VI-66**

Herr Schönemann:

- Fraktion hat sich mit dem Stadtverband der Gartenfreunde (SVG) ins Benehmen gesetzt, dieser hat signalisiert, dass er die Entscheidung mittragen kann,
- Äußert aber die Bitte, die weitere Angleichung maßvoll durchzuführen und bei Pachterhöhungen mögliche auftretende soziale Probleme im Einzelfall zu prüfen,
- Die Fraktion wird der Beschlussvorlage zustimmen,
- Konzeptionell wird sich der Bauausschuss mit dem Thema beschäftigen,

Herr OB Koschig:

- Dem Thema wird sich angenommen, es gibt z. B. bereits Gespräche mit dem Job-Center zu den „Tafelgärten“
- Beim Land Sachsen-Anhalt ist dieser Teil des demografischen Wandels nicht angekommen,

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 9 / 0 / 1

**7.7. Nutzungskonzept für das Mausoleum in Dessau  
Vorlage: DR/BV/401/2010/PDR**

Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen.

**12. Schließung der Sitzung**

Herr Oberbürgermeister Koschig schließt um 19.30 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 29.11.10

---

Oberbürgermeister Klemens Koschig  
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer